Lothar Mertens

Die „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft/ Deutsche Forschungsgemeinschaft“ im Dritten Reich 1933–1936

Einleitung

In der Rechtsform eines eingetragenen Vereins (e.V.) wurde die „Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft“ (NDW) im Jahre 1920 gegründet¹. Die 57 Vereinsmitglieder umfaßten alle deutschen Universitäten und technischen Hochschulen, die meisten Akademien der Wissenschaften und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften. Die NDW war eine überparteiliche und unabhängige Körperschaft, die sich aus dem Zuschuß des Deutschen Reiches und zu einem geringeren Teil aus Spenden der Großindustrie finanzierte. Die der Notgemeinschaft zugedachte forschungspolitische Aufgabe und ihr konzeptioneller Einfluß auf die deutsche Wissenschaft machten sie zur wichtigsten wissenschaftlichen Fördereinrichtung der 1920er und frühen 1930er Jahre². Besonders vom letzten königlich-preussischen Kultusminister Friedrich Schmidt-Ott, der von 1920 bis 1934 an der Spitze der NDW stand, gingen zahlreiche konzeptionelle Anstöße für die Bearbeitung neuer Arbeitsfelder oder Anregungen zur Kräftebündelung bei der Durchführung insbesondere von geisteswissenschaftlichen Großforschungsvorhaben aus, die in der heutigen Zeit mit dem Begriff „Forschungsschwerpunkt“ bezeichnet würden. Stellvertretend seien hier nur zwei genannt, welche durch die finanzielle Unterstützung der Notgemeinschaft in Angriff genommen werden konnten: die Meister-Eckhard-Ausgabe sowie der Thesaurus Linguae Latinae³. Die formelle Umbenennung auf den bis heute gültigen Namen „Deutsche Forschungsgemeinschaft“ (DFG) erfolgte im Jahre 1935, da es im Dritten Reich für die Wissenschaft vorgeblich keine Not mehr geben konnte. Mit

¹ Siehe ausführlich: *Ulrich Marsch*, Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Gründung und frühe Geschichte 1920–1925 (Frankfurt a. M. u. a. 1994).

² *Notker Hammerstein*, Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920–1945 (München 1999) 32 ff.

³ *Kurt Zierold*, Forschungsförderung in drei Epochen. Deutsche Forschungsgemeinschaft. Geschichte, Arbeitsweise, Kommentar (Wiesbaden 1968) 85, 186.

der Weimarer Republik endeten auch die autonome Mittelvergabe und die überparteiliche Forschungsförderung.

Selbstgleichschaltung als Rettungsversuch

Die ersten Jahre der NS-Wissenschaftspolitik waren durch die Machtkämpfe divergierender Interessengruppen und die permanente Einflußnahme unterschiedlicher Parteigliederungen gekennzeichnet. Symptomatisch für das Kompetenzwarrwarr innerhalb der NSDAP war eine Verfügung durch Rudolf Heß vom Oktober 1933. Zur „Stärkung“ des Deutschtums innerhalb des Reiches und jenseits der Grenzen (insbesondere beim Grenz- und Auslandsdeutschtum) hatte der „Stellvertreter des Führers“ einen „Volksdeutschen Rat“ berufen, der von Prof. Haushofer geleitet werden sollte⁴. Wie Heß der Notgemeinschaft mitteilte, hatte er „in Durchführung“ dieser Verfügung die Notgemeinschaft „dem Volksdeutschen Rat unterstellt“⁵. Nähere inhaltliche Mitteilungen würden folgen. Der nur noch kommissarisch amtierende Präsident Schmidt-Ott wandte sich sofort an das vorgeetzte Reichsinnenministerium. Wie Ministerialrat Donnevert in einem Aktenvermerk festhielt, sollte dieser Eingliederung durch das Ministerium widersprochen werden. Die „gegenteilige Anweisung der NSDAP“ gehe von der „irrigen Voraussetzung aus“, daß es sich bei der Notgemeinschaft (wegen der Rechtsform) um einen Verein handle, der „auf dem Gebiete des Grenz- und Auslandsdeutschtums“ eine selbständige Tätigkeit entfalte. Die Notgemeinschaft sei jedoch eine Organisation, die dem Reichsinnenministerium unterstehe⁶. Diese Sichtweise wurde auch Rudolf Heß mitgeteilt⁷.

Eine für den 17. Juni 1933 angesetzte Mitgliederversammlung mußte wenige Tage vor dem Termin infolge einer Anweisung des zuständigen Reichsinnenministers Frick auf unbestimmte Zeit verschoben werden⁸, obgleich dieser noch am 8. April 1933 an einer Hauptausschuß-Sitzung teilgenommen und in seinem Grußwort insgesamt lobende Worte für die Arbeit der NDW gefunden hatte⁹. In einer Präsidiumssitzung am 17. Mai 1933, an der auch Ministerialrat Donnevert vom Reichsinnenministerium teilgenommen hatte, war nicht nur „die Frage der

⁴ Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BA-BL), R 1501/26769–3, Bl. 206, Abschrift der Verfügung vom 27. Okt. 1933.

⁵ Ebd., Bl. 205, Abschrift des Briefes Heß an die Notgemeinschaft vom 30. Okt. 1933.

⁶ Ebd., Bl. 207, Aktenvermerk Donnevert vom 2. Nov. 1933.

⁷ Ebd., Bl. 208, Brief Donnevert, Reichsinnenministerium an Rudolf Heß vom 20. Nov. 1933.

⁸ Archiv der Technischen Universität Braunschweig (TUBS), A I/20, Teil 1, Bl. 72–76, hier Bl. 72; siehe Rundbrief von Schmidt-Ott an die Mitglieder der Notgemeinschaft, hier an Rektor der TH Braunschweig am 10. Nov. 1933 1.

⁹ Die Erhaltung der Deutschen Wissenschaft, in: Deutsche Allgemeine Zeitung, Nr. 169, 9. Apr. 1933.

Anpassung der Notgemeinschaft an die heutige Lage des Reichs“ beraten¹⁰, sondern auch der einstimmige Rücktrittsbeschluß des Präsidiums gefaßt worden. Dieser Schritt wurde außerdem den Mitgliedern des Hauptausschusses empfohlen, welche dieser Empfehlung folgten. Bereits eine Woche zuvor, am 12. Mai 1933, hatte Fritz Haber, der Ende April 1933 aus eigenem Entschluß¹¹ von der Leitung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie sowie seiner Professur an der Berliner Universität zurückgetreten war¹², in einem Schreiben an Schmidt-Ott in seinen Rücktritt als Vizepräsident eingewilligt. Zugleich übte Haber jedoch deutliche Kritik an dessen autoritärem und wenig kollegialem Führungsstil in den zurückliegenden Jahren, der sogar im Ausland zur Kenntnis genommen worden war¹³. Nach Auffassung Habers war es quasi eine Ironie des Schicksals, daß in „dieser gewaltsamen Zeit“, in der das vom Notgemeinschafts-Präsidenten so gern angewandte Führerprinzip „zum leitenden Staatsprinzip“ erhoben worden sei, sich dieses nun gegen den Notgemeinschaftspräsidenten selbst richte¹⁴. Für aufmerksame und durch ihre informellen Kontakte gut informierte Beobachter der wissenschaftspolitischen Entwicklung in Deutschland, wie etwa die Mitarbeiter des Pariser Europa-Büro der Rockefeller Foundation, war die Situation innerhalb der NDW im Juni 1933 undurchsichtig. So wurde z. B. gemutmaßt, daß die Ernennung der Hauptausschußmitglieder vertagt worden sei, um die Politik der neuen Regierung gegenüber der NDW auszuarbeiten. Als Nachfolger Schmidt-Otts wurde der Mathematiker Theodor Vahlen genannt¹⁵, ein Alt-Nazi, der ab 1934 im Reichswissenschaftsministerium als Ministerialdirektor das Amt für Wissenschaft leitete¹⁶.

Die „Wissenschaftliche Kundgebung“ der Notgemeinschaft Mitte Mai 1933 in Königsberg¹⁷ hatte die rasche politische Anbiederung Friedrich Schmidt-Otts an die neuen Machthaber bereits offenbart. Zu den Rednern gehörte Prof. Eugen Fischer vom „KWI für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik“, der stolz hervor hob, daß er „als erster den Erbgang menschlicher Rassenmerkmale an den südafrikanischen Bastards nachgewiesen“ hatte¹⁸ und sein Institut großen

¹⁰ BA-BL, R 1501/26769–3, Bl. 105; Schreiben Schmidt-Ott an den Reichsinnenminister am 18. Mai 1933.

¹¹ *Margit Szöllösi-Janze*, Fritz Haber 1868–1934. Eine Biographie (München 1998) 644 ff.

¹² Bundesarchiv Koblenz (BA-KO), R 73/1, Abschrift des Briefes von Fritz Haber an den Reichswissenschaftsminister vom 30. Apr. 1933.

¹³ Rockefeller Archive Center, Sleepy Hollow (RAC), RF, RG 12.1, Box 44; H.M.M. Daries, 12. Dez. 1933, unsig., siehe dort die Eintragung Millers vom Europäischen Büro der Rockefeller Foundation, wonach Schmidt-Ott Haber gegenüber sehr „unfair“ gewesen sei.

¹⁴ BA-KO, R 73/1, Brief Fritz Haber an Friedrich Schmidt-Ott vom 12. Mai 1933.

¹⁵ RAC, RF, RG 2–1933, Ser. 717 Germany, Box 93, Fol. 736, John Van Sickle an Edmund Day vom 7. Juli 1933 4 f.

¹⁶ Zu Theodor Vahlen siehe *Hammerstein*, 78 ff.

¹⁷ BA-KO, R 73/28; Einladungskarten für die Veranstaltung am 13./14. Mai 1933 in Königsberg.

¹⁸ Ebd., Brief Eugen Fischer an Notgemeinschaft vom 3. Mai 1933.

Anteil an dem vor der Verabschiedung stehenden Sterilisierungsgesetzes¹⁹ habe. In seiner dreiseitigen Vortragszusammenfassung sprach Fischer bereits im Frühsommer 1933 deutlich notwendige Maßnahmen einer „bewusste[n] Bevölkerungspolitik“ an, die vor dem Hintergrund der späteren Shoa zumindest als geistiges Brandstiftertum zu werten sind. Nicht nur Krankheiten, sondern auch „die rassenmäßigen Eigenschaften sind erblich“ nach Fischer²⁰. Um das eugenische Bevölkerungsziel einer „Erhaltung guter, gesunder deutscher Familien“ zu erreichen, kam Fischer zu dem Schluß, die „erblich Kranken und die rassenmäßig in unser Volk nicht passenden *müssen ausgemerzt werden*“²¹.

Auf der gleichen Veranstaltung in Königsberg sprach auch Prof. Erwin Baur, der Direktor des KWI für Züchtungsforschung in Müncheberg. Sein Vortrag über „Die volkswirtschaftliche Auswirkung der Pflanzenzüchtung ...“ war angesichts der ökonomischen Autarkiebestrebungen des Nationalsozialismus systemkonform. Als Quintessenz seiner Ausführungen hieß es, die angestrebte Selbstversorgung Deutschlands mit Agrarerzeugnissen geschehe „nicht im Interesse einzelnen Standes, sondern es geschieht zur Rettung unseres Volkes überhaupt“²². Unerwähnt blieb bei Baur, daß die landwirtschaftliche Autarkiepolitik nicht nur der „Rettung“ des Volkes, sondern dem Interesse der Vorbereitung eines expansionistischen Eroberungskrieges diene, so daß schließlich im Juni 1944 von der DFG Sachbeihilfen für „Untersuchungen über die Behandlung von Getreide, das bei Luftangriffen mit Phosphor verunreinigt wurde“ genehmigt wurden²³, um auch im „totalen Krieg“ die Versorgung der Bevölkerung noch gewährleisten zu können.

Die diversen Versuche der raschen Anpassung²⁴ an die neue politische Realität kumulierten im Rundbrief Schmidt-Otts vom Herbst 1933, als er die zukünftigen Förderschwerpunkte benannte, die „den Zielsetzungen des nationalen Staates“²⁵ dienen sollten: „Daneben treten in den Vordergrund die Forschungen, die der Rasse, dem Volkstum und der Gesundheit des deutschen Volkes gewidmet sind. Neben der anthropologischen Erhebung, den anthropologischen, erbpathologischen und soziologischen Forschungen in geschlossenen Bezirken stehen die Ar-

¹⁹ Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933, in: Reichsgesetzblatt I 529–530.

²⁰ Ebd., undatierte [Mai 1933] Zusammenfassung des Vortrags von Eugen Fischer über „Die Fortschritte der menschlichen Erblehre als Grundlage eugenischer Bevölkerungspolitik“ 1–3, hier 1.

²¹ Ebd., 3 (Hervorhebung; L.M.).

²² Ebd., Vortragsmanuskript von Erwin Baur vom 6. Mai 1933 über „Die volkswirtschaftliche Auswirkung der Pflanzenzüchtung unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse Ostpreussens“ 1–17, hier 17.

²³ BA-KO, R 73/10799; siehe Bewilligungsschreiben Mentzel für Du 1/04/17 am 11. Juni 1944.

²⁴ Siehe auch BA-KO, R 73/37; internes Rundschreiben Schmidt-Otts an die Notgemeinschaftsausschüsse am 14. Dez. 1933, wo die Verwendung des „deutschen Grusses“ gefordert wird.

²⁵ TUBS, A I/20, Teil 1, Bl. 72–76, Rundbrief Schmidt-Ott an die Mitglieder der Notgemeinschaft am 10. Nov. 1933 1.

beiten, die der empirischen Erbprognose dienen. Eine neue Arbeit, die der erbbiologischen Erforschung der neurologischen und neurologisch-psychiatrischen Erkrankungen gilt, soll das Material für die praktische Eugenik und die neuen Aufgaben der Gesetzgebung erweitern.“²⁶ Angesichts dieses tiefen Kotsaus vor der NS-Ideologie bestand keine Eile bei der Suche nach einem Nachfolger, so daß Schmidt-Ott die Amtsgeschäfte kommissarisch weiterführen durfte und noch ein Jahr lang hoffte, auch im Dritten Reich im Amt verbleiben zu können²⁷.

Die endgültige personelle Gleichschaltung der Notgemeinschaft erfolgte im Juli 1934, nachdem die ministerielle Zuständigkeit vom Reichsinnen- auf das inzwischen neu geschaffene Reichswissenschaftsministerium übergegangen war. Die Frage des Zuständigkeitswechsels vom Reichsinnen- zum neu gegründeten Reichswissenschaftsministerium war den Mitarbeitern der NDW bereits im März 1934 bekannt, wobei NDW-Referent August Fehling noch Mitte Juni 1934 auf einen Verbleib unter dem Innenministerium hoffte, da er zu viel Propagandaeinflüsse durch das neu entstehende Wissenschaftsministerium befürchtete²⁸. Die ersten Jahre der NS-Wissenschaftspolitik waren insgesamt durch die Machtkämpfe divergierender Interessengruppen und permanente Einflußnahme unterschiedlicher Parteigliederungen gekennzeichnet. Institutionelle und regionale Seilschaften²⁹ innerhalb und außerhalb des Parteiapparates sowie ideologische und sachbezogene Netzwerke bildeten den Rahmen dieses diffusen Beziehungsgeflechts³⁰. Kennzeichnend für die Dynamisierung und z.T. Radikalisierung der NS-Wissenschaftspolitik war, daß sie personell mehr und mehr von jüngeren Aufsteigern (Mentzel, Schumann) gemacht wurde, die im Gegensatz zu den älteren Parteigenossen, die anfänglich vorübergehend die Forschungspolitik eher verwaltet hatten, keine Weltkriegserfahrung besaßen und zugleich den Älteren mit dieser Erfahrung mißtrauten³¹. Neben Rudolf Mentzel, der Johannes Stark mit allen ihm

²⁶ Ebd., Bl. 72–76, hier Bl. 73a.

²⁷ BA-KO, R 73/2; undatierte handschriftliche Notiz Schmidt-Otts mit seiner Darstellung der Entlassung 1–4. Siehe auch dessen Erinnerungen: *Friedrich Schmidt-Ott, Erlebtes und Erstrebtes 1860–1950* (Wiesbaden 1952) 294.

²⁸ RAC, RF, RG 12.1, Box 49, D.P.O. Diaries, 6–7. März 1934, unsig., nach Gespräch O'Brien mit Fehling. Ebd. Box 22, A.G. Diaries, 16. Juni 1934, Bl. 88, Notiz Alan Gregg nach Gespräch mit Fehling.

²⁹ So wollte z. B. Minister Rust Werner Heisenberg lieber in Göttingen (quasi in der ungenannten Bohr-Nachfolge) sehen, statt als Nachfolger seines Lehrers Sommerfeld in München, um so Göttingen wieder zur früheren Größe zu verhelfen. Diese Darstellung Debyes paßt in das Bild, da die Seilschaft im Reichswissenschaftsministerium um Mentzel aus Göttingen stammte und dieses zum NSDAP-Gau Braunschweig unter Rust gehörte; RAC, RF, RG 12.1, Box 64, W.E.T. Diaries, 4. Okt. 1935, unsig.; so die Aussage von Debye im Gespräch mit Tisdale.

³⁰ Zum politischen Einfluß siehe ausführlich *Lothar Mertens*, Wissenschaftsförderung nach 1933 – die DFG im Dritten Reich, in: *Politischer Systemumbruch als irreversibler Faktor von Modernisierung in der Wissenschaft?*, hrsg. v. *Lothar Mertens* (Berlin 2000).

³¹ RAC, RF, RG 12.1, Box 22, A.G. Diaries, 16. Juni 1934, Bl. 89; so zumindest die Einschätzung des NDW-Referenten August Fehling. Zu den allgemeinen Veränderungen in der ministeriellen Beamtenschaft siehe auch *Hammerstein*, 90 u. 121.

zur Verfügung stehenden administrativ-bürokratischen Möglichkeiten das Leben schwer machte und schließlich im November 1936 in Personalunion sein Nachfolger wurde und ab 1937 im Reichsforschungsrat eine zentrale Rolle spielte, ist hier noch Erich Schumann zu nennen, der gleichfalls in mehreren wissenschafts-politischen Funktionen tätig war, ab Herbst 1933 eine Professur für Physik und Systematische Musikwissenschaft [!] an der Berliner Universität inne hatte, sowie im Heereswaffenamt und als Abteilungsleiter im Reichswissenschaftsministerium wirkte³². Die Gefahr, die für Stark von Schumann aus ausging, konnte James Franck bereits im Herbst 1934 einem Mitarbeiter der Rockefeller Foundation in Kopenhagen ausführlich schildern, wobei Schumann in der Tagebuchaufzeichnung als ein „aufgehender Stern“ im Ministerium bezeichnet wurde³³.

Reichswissenschaftsminister Rust übertrug die Leitung der Notgemeinschaft an Johannes Stark³⁴, der bereits im April 1933 zum Präsidenten der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR) ernannt worden war. Stark gehörte zur Riege der sog. „alten Kämpfer“ und rühmte sich, Hitler während dessen Landsberger Haftzeit regelmäßig mit Essen versorgt zu haben.

Der Eigenbrötler, welcher nach eigener Aussage „schon als Kind eigenwillige Entschlüsse liebte“³⁵, hatte 1913 den nach ihm benannten Stark-Effekt, die Aufspaltung der Spektrallinien im elektrischen Feld, entdeckt und dafür 1919 den Nobelpreis für Physik erhalten. Im Jahre 1922 legte er nach Fakultätsstreitigkeiten seine Würzburger Professur nieder und zog sich in das Privatlaboratorium auf seinem Gutshof im oberbayerischen Traunstein zurück. Stark war daher am Ende der Weimarer Republik zum Außenseiter geworden, der jedoch nun kurzzeitig zu der zentralen Persönlichkeit der deutschen Wissenschaft im Nationalsozialismus aufstieg³⁶, denn neben seiner Tätigkeit als Doppelpräsident und der damit verbundenen totalen Arbeitsüberlastung hatte er sich im Frühjahr 1936 – allerdings vergeblich – bemüht zum Nachfolger Max Plancks ernannt zu werden und als dritte Leitungsfunktion auch noch die Präsidentschaft der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu erlangen³⁷. Ebenso war sein Versuch gescheitert, die Verlagerung des Berliner „Kaiser-Wilhelm-Instituts für Metallforschung“ nach Stuttgart zu verhindern, weil er das Institut statt dessen lieber in die Physikalisch-Technische Reichsanstalt eingliedern wollte, da die Forschungsaufgaben des KW-Instituts sei-

³² Hammerstein, 134 ff.

³³ RAC, RF, RG 12.1, Box 64, W.E.T. Diaries, 28. Okt. 1934, unsig.

³⁴ Ebd., R 73/14168, Brief Rust an die Mitglieder der Notgemeinschaft vom 17. Juli 1934 1.

³⁵ Johannes Stark, *Erinnerungen eines deutschen Naturforschers*, hrsg. v. Andreas Kleinert (Mannheim 1987) 7.

³⁶ Unterstützung fand Stark dabei durch einen weiteren Altnazi, den Heidelberger Physiker Philipp Lenard, der jedoch aus Altersgründen (1933 war er bereits 71 Jahre alt) nicht mehr selbst aktiv werden wollte und dafür um so mehr Starks Aktivitäten bei den Parteiinstitutionen unterstützte.

³⁷ Helmuth Albrecht, Armin Hermann, *Die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft im Dritten Reich (1933–1945)*, in: *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Aus Anlaß ihres 75jährigen Bestehens hrsg. v. Rudolf Vierhaus, Bernhard vom Brocke (Stuttgart 1990) 356–406, hier 382 ff.

ner Meinung auch von der PTR hätten erbracht werden können³⁸. Doch trotzdem blieb er eine gewichtige Persönlichkeit in der NS-Forschungspolitik, der z.B. die geplante Gründung des KW-Instituts für Physik durch seine negativen Stellungnahmen³⁹ zumindest für mehrere Jahre verzögern konnte. Nicht zu vergessen, daß er neben Philipp Lenard der wichtigste Vertreter der „Deutschen Physik“ im Dritten Reich war und als unversöhnlicher Heisenberg-Gegner die Entwicklung der modernen Physik massiv behinderte. Für den Experimentalphysiker Stark waren fast alle Theoretiker wie Albert Einstein „Formalisten“, und Nichtjuden wie Werner Heisenberg wurden für ihr Eintreten für Einsteins Theorien als „Weiße Juden“ diffamiert⁴⁰, die den Fortschritt der Physik aufhielten, statt ihn durch Laborversuche zu fördern⁴¹. Die Darstellung Fehlings über den ersten Auftritt Starks in der NDW-Geschäftsstelle verstärkte den negativen Eindruck. So soll sich Johannes Stark rund eine halbe Stunde in den Büros aufgehalten und ein Monatsgehalt im voraus kassiert haben, um gleich danach für vier Wochen in Urlaub zu fahren⁴².

Satzungsgemäß bedurfte die Einsetzung von Stark als Präsidenten der Notgemeinschaft einer formellen Zustimmung der Mitgliederversammlung. Wie Reichswissenschaftsminister Rust in einem Rundbrief mitteilte, wollte er aus Kostengründen auf eine Zusammenkunft verzichten und forderte daher eine schriftliche Zustimmung ein. Neben dieser Akklamation erging eine Aufforderung an alle Mitgliedsinstitutionen, auch die beigefügte Mitteilung zu unterschreiben. Diese Verlautbarung war eine uneingeschränkte „Ermächtigung zur Änderung der Satzungen“, die an die veränderten Strukturen der Staatsführung angepaßt werden sollten. Die damit intendierten Änderungen der Vereinsstatuten sollten „im Sinne des Führerprinzips“ erfolgen⁴³ und beinhalteten faktisch die Selbstpreisgabe aller Mitgliederrechte, die „im Sinne einer engeren Anlehnung der Vereinszwecke an die Ziele der nationalsozialistischen Staatsführung“ minimiert werden sollten⁴⁴.

Ein kleines Zeichen der noch nicht vollständigen Infiltration der Wissenschaft fünfzehn Monate nach Adolf Hitlers Regierungsantritt war das Faktum, daß le-

³⁸ *Bernhard vom Brocke*, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in der Weimarer Republik. Ausbau zu einer gesamtdeutschen Forschungsorganisation (1918–1933), in: ebd. 197–355, hier 243.

³⁹ Bundesarchiv Außenstelle Berlin-Lichterfelde (BA-BL), R 1519, Nr. 65, Bl. 343–344; siehe das Schreiben Stark an Reichsinnenminister Frick zum geplanten KW-Institut am 3. Mai 1934 3.

⁴⁰ Siehe *Reinold Schröder*, Die „schöne deutsche Physik“ von Gustav Hertz und der „weiße Jude“ Heisenberg. Johannes Starks ideologischer Antisemitismus, in: *Helmuth Albrecht* (Hrsg.), Naturwissenschaft und Technik in der Geschichte. 25 Jahre Lehrstuhl für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik am Historischen Institut der Universität Stuttgart (Stuttgart 1993) 327–341.

⁴¹ Ebd. Bl. 343, Schreiben Stark an Frick am 3. Mai 1934 2.

⁴² RAC, RF, RG 2–1934, Ser. 717, Box 110, Fol. 845; Kittredge, Tracy: Memorandum. University situation in Germany. Report of TBK on visit July 13/30, 1934 1–4, hier 1.

⁴³ BA-KO, R 73/14168, Brief Rust an die Mitglieder der Notgemeinschaft vom 17. Juli 1934 2.

⁴⁴ Ebd., Wortlaut in der hektographierten Erklärung, die Anlage des Rust-Briefes war.

diglich 47 der 57 Mitgliedsinstitutionen „positiv“ geantwortet hatten⁴⁵. Während trotz Mahnung vier Mitteilungen ganz ausblieben, hatte sich die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft der Stimme enthalten. Vier der fünf Akademien der Wissenschaften hatten eine Änderung der Vereinsordnung abgelehnt; nur die Heidelberger Akademie hatte zugestimmt. Die Preußische Akademie der Wissenschaften in Berlin als Wortführerin hatte den PTR-Präsidenten wegen fachlicher Einseitigkeit, Arbeitsüberlastung (die Notgemeinschaft sei eine Ganztagsaufgabe) und fehlender „organisatorischer Befähigung“⁴⁶ sogar strikt abgelehnt. Als einzige Hochschule hatte die Universität München⁴⁷ ihre Zustimmung versagt⁴⁸. Damit war der Einsetzung Starks formaljuristisch Genüge getan und auch die geplanten Satzungsänderungen konnten erfolgen. Die bereits im Einsetzungsschreiben von Bernhard Rust angeregten Maßnahmen zur „Umgestaltung“ bedeuteten für die Notgemeinschaft nichts anderes als das Ende ihrer Freiheit und Selbstbestimmung. So wurden von Johannes Stark im Herbst 1934 die Zuständigkeiten vollkommen neu geregelt. Statt der alten subjektiven Zuordnung in eigenständige Bereiche für Forschungsstipendien, Sachbeihilfen, Druckkostenzuschüsse und Bibliotheksbeihilfen kam es nun zu einer inhaltlichen Neuordnung nach Fächergruppen wie Physik, Biologie etc.⁴⁹. Viel schwerwiegender waren die politischen Einflüsse und Überprüfungen sowie die fachlichen Schwerpunktveränderungen. Statt der in der Weimarer Republik obligaten fachlichen Bewertung durch gewählte Fachgutachter entschied nun Präsident Stark häufig eigenmächtig und selbstherrlich, da er sich bei naturwissenschaftlichen Anträgen selbst für kompetent genug hielt. Herausragende Beispiele für den daraus resultierenden Amts- u. Machtmißbrauch Starks⁵⁰, der vor allem seine persönlichen Steckenpferde förderte, sind zum einen die Moorgoldforschung, d. h. der Versuch, aus den bayerischen Mooren Gold zu gewinnen, wobei der finanzielle Aufwand für das Personal und die Bodenwaschung den mineralischen Nutzen um ein vielfaches überstieg⁵¹, da der Goldanteil lediglich 0,5 g je Tonne betrug⁵². Starks eigenmächtige Entscheidungen bedingten zugleich eine eklatante Bevorzugung der Naturwissenschaften, insbesondere der

⁴⁵ Ebd., Brief Vahlen an die Mitglieder der Notgemeinschaft vom 3. Aug. 1934 1.

⁴⁶ Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin: Bestand Preußische Akademie der Wissenschaften, BAW, II-XIV, Bd. 34, Bl. 56, Abschrift des Briefes der Preußischen Akademie der Wissenschaften an Reichswissenschaftsminister Rust vom 23. Juli 1934.

⁴⁷ Zur Ernennung des Münchener Rektors im Sommer 1933, eines national gesinnten Zoologen, der jedoch nicht Parteigenosse war, siehe *Helmut Böhm*, Von der Selbstverwaltung zum Führerprinzip. Die Universität München in den ersten Jahren des Dritten Reiches (1933–1936) (Berlin 1995) 152ff.

⁴⁸ BA-KO, R 73/14168, Brief Vahlen an die Notgemeinschaftsmitglieder vom 3. Aug. 1934 1.

⁴⁹ RAC, RF, RG 2–1935, Se. 717, Box 126, Fol. 955, Memo von Tracy Kittredge „General Situation in Germany“, Paris 13. März 1935 1–5; hier 2 [Kittredge hatte am Wochenende zuvor mehrere längere Gespräche mit August Fehling gehabt]. Vgl. *Hammerstein*, 150, der die Bedeutung der Veränderungen minimiert.

⁵⁰ *Hammerstein*, 151 will dies „zu einem gewissen Grad noch als Förderung von Forschung“ verstanden wissen.

⁵¹ Zur Moorforschung siehe auch BA-KO, R 73/11969 und R 73/11970.

⁵² BA-KO, R 73/16513, Brief Hegemann an DFG zu Fo 6100 vom 22. Okt. 1934.

physikalischen und experimentellen Teildisziplinen, während die Geisteswissenschaften in den Jahren seiner Präsidentschaft ein Randdasein fristeten.

Zum anderen waren es die zahlreichen Bewilligungen von Personal- und Sachmitteln für die Physikalisch-Technische Reichsanstalt, an der ständig mehrere DFG-Stipendiaten arbeiteten. Für Projekte an der PTR wurden in der Ära Stark, neben vielen Sachmittelbeihilfen, allein 33 Stipendienanträge gestellt und natürlich bewilligt. Im Gegensatz zu anderen Anträgen, wo bereits bei wenigen Reichsmark Plausibilitätsfragen gestellt wurden, konnten die Angehörigen der PTR ungeprüft die merkwürdigsten Forderungen stellen. So wurden z.B. im November 1936 zur „Einrichtung und Erweiterung des Laboratoriums“ 10000 RM beantrag⁵³, die bereits am nächsten Tag bewilligt wurden⁵⁴. Vor allem pauschalisierte Summen, wie etwa 2300 RM für „Unvorhergesehenes“⁵⁵ wären bei normalen Antragstellern niemals bewilligt worden.

Finanzielle Ausstattung der DFG 1932–37

Jahr	unter Präsident	in Mio. RM
1932	Schmidt-Ott	4,4
1933	Schmidt-Ott	4,4
1934	Stark	4,4
1935	Stark	4,4
1936	Stark	2,0
1937	Mentzel	6,0

In den Geisteswissenschaften kam es hingegen zu einer Verschiebung der Förderprioritäten zugunsten der neuen, ideologisch relevanten Bereiche wie etwa die Vor- und Frühgeschichte⁵⁶ oder den in den politischen Zeitgeist passenden Großprojekten wie „Deutscher Sprachatlas“ unter Prof. Mitzka⁵⁷ oder dem „Historischen Atlas deutscher Siedlungs-, Wirtschafts- und Staatengebilde“ unter Prof. Vogel an der Universität Berlin. Aber auch historisch-politische Forschungen über das Grenz- und Auslandsdeutschtum⁵⁸ wurden verstärkt unterstützt. Ein

⁵³ BA-KO, R 73/15134, Antragsbrief zu Tei 2/06/3 vom 13. Nov. 1936.

⁵⁴ Ebd., siehe Bewilligungsschreiben Stark für Tei 2/06/3 am 14. Nov. 1936.

⁵⁵ Ebd., siehe die entsprechende Aufstellung in Tei 2/06/3 vom 13. Nov. 1936.

⁵⁶ BA-KO, R 73/15556, Deutsche Einwirkungen auf das Bauen in den westslawischen Ländern, insbes. auf dem Gebiete des volkstümlichen (bäuerlichen) Bauwesens; HIA, Box 1, Fo 6459, Die nordwestdeutsch-germanischen Einflüsse bei der Bildung des keltischen Volkstums und der Laténeultur.

⁵⁷ Siehe ausführlich *Lothar Mertens*, Der Primat der Ideologie im Nationalsozialismus. Die Forschungsförderung von Literaturwissenschaft/Germanistik im Dritten Reich durch die DFG, in: *Jörg Schönert* (Hrsg.), Literaturwissenschaft und Wissenschaftsforschung. DFG-Schwerpunktsymposium in Heidelberg 1998 (Stuttgart 2000).

⁵⁸ BA-KO, R 73/15760, Die sudetendeutsche Volksgrenze, ihre systematische Erfassung nach dem Stande von 1931, Darlegung ihrer inneren und äußeren Strukturveränderung in den letzten 50 Jahren und deren politische Ausdeutung; HIA, Box 4, Fo 6237: Das estländi-

Zeichen der gelockerten Sitten war auch, daß Stark mündliche Zusagen über die Verlängerung von Forschungsstipendien vorab z. B. am Rande von Fachtagungen erteilte⁵⁹.

Charakteristisch für diese Förderpolitik nach Gutsherrenart war auch die Vergabe von Honoraren. So stellte der DFG-Präsident den beiden Herausgebern⁶⁰ der neu gegründeten und nationalsozialistisch ausgerichteten Zeitschrift ‚Deutsche Mathematik‘ eine Aufwandsentschädigung von jährlich 2000 RM zur Verfügung⁶¹. Ebenso wie sein Mitherausgeber Prof. Bieberbach hatte der Ministerialdirektor im Reichswissenschaftsministerium, Prof. Vahlen, diese „großzügige Art der Wissenschaftspflege“⁶² durch den DFG-Präsidenten „nicht erwartet“⁶³. Angesichts der in den Geisteswissenschaften üblichen Forschungsstipendien war monatlich 125 RM eine üppige Dotation, die den Eindruck des Verschleuderns von Reichsmitteln durch Johannes Stark verstärkte.

Die Posse um die Bildung eines neuen Hauptausschusses

Nicht nur die weisungsabhängige Stellung der Notgemeinschaft als nachgeordnete Behörde unter dem Dach des Reichswissenschaftsministeriums und den permanenten internen Querelen Starks mit der Ministerialbürokratie, sondern vor allem der wissenschaftspolitische Ehrgeiz der verschiedenen Ministerien und Dienststellen schwächte die Position der DFG in diesen Machtkämpfen. Verschärfend kam noch hinzu, daß Johannes Stark sich zum einen irrtümlich der besonderen Gunst ‚des Führers‘ sicher wähnte, Hitler aus prinzipiellem Desinteresse an Wissenschaftsfragen und der bewußten machtpolitischen Anwendung des Divide et impera-Prinzips sich jedoch weitgehend aus den Einfluß-Streitigkeiten in der Wissenschaftspolitik heraushielt. Zum anderen verlor Starks Mentor in der NS-Hierarchie, Alfred Rosenberg, insbesondere gegenüber Himmlers SS, sukzessive an politischem und materiellem Einfluß, so daß die starke Anlehnung an den Reichsleiter zunehmend kontraproduktive Züge erhielt. Symptomatisch für Starks abnehmende Bedeutung und sinkenden Einfluß innerhalb der rivalisierenden NS-Hierarchien war die Posse um den neuen Hauptausschuß. Die Mitglieder des alten Gremiums waren bekanntlich gemeinsam mit dem Präsidium unter Schmidt-Ott im Mai 1933 zurückgetreten. Die neuen Mitglieder wurden jedoch

sche Deutschtum, sein Verhältnis zu Russland und Deutschland von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis 1918.

⁵⁹ BA-KO, R 73/13510, Brief von Hüttendirektor Wilhelm Witter, Halle a. S., für Wil 2/06/2 vom 23. Okt. 1936.

⁶⁰ BA-KO, R 73/15936, auch der Mitherausgeber, Prof. Bieberbach, Berlin, erhielt eine Zuwendung in dieser Höhe; Schreiben Stark an Bieberbach am 28. Nov. 1936.

⁶¹ Ebd., Schreiben Stark an Vahlen am 28. Nov. 1935.

⁶² Ebd., so Bieberbach in seinem Dankeschreiben; Brief Bieberbach an Stark vom 3. Dez. 1935.

⁶³ Ebd., Brief Vahlen an Stark vom 9. Dez. 1935.

erst im Januar 1935 von Stark persönlich ernannt, doch die Inaugurationsveranstaltung endete in einem Eklat. Durchaus standesbewußt und prestigeträchtig sollte nach Starks Vorstellungen der Hauptausschuß besetzt sein. Dies zeigte sich bereits an den in Aussicht genommenen potentiellen Kandidaten. Auf die Anfrage des DFG-Präsidenten beim Reichsjustizminister nach Benennung eines geeigneten Vertreters aus der Rechtswissenschaft durch das Ministerium, da die großen Forschungsfelder „durch wissenschaftlich verdiente Männer von einwandfreier politischer Einstellung vertreten sein“ sollten⁶⁴, stellte sich Minister Hans Frank persönlich für den Hauptausschuß zur Verfügung⁶⁵. Ob dies aus der festen Überzeugung an die eigene wissenschaftliche Leistungsfähigkeit geschah, oder ob Franks Meinung nach unter den universitären Rechtswissenschaftlern kein politisch zuverlässiger Geist gefunden werden konnte, bleibt unklar. Der DFG-Präsident jedenfalls begrüßte die Entscheidung Franks lebhaft, weil die Forschungsgemeinschaft „großen Wert darauf“ lege, bei der weiteren Förderung rechtswissenschaftlicher Themen „in Fühlung und Übereinstimmung mit den Zielen der Gesetzgebung vorzugehen“⁶⁶.

Doch nicht überall stieß der Plan einer Neuberufung des DFG-Hauptausschusses auf so viel Interesse wie beim Reichsjustizminister. Rundweg abgelehnt wurde die Ernennung vom Leiter des Heereswaffenamts, Generalleutnant Karl Becker⁶⁷. Zwei weitere Absagen lagen in den Machtrivalitäten gegenüber der DFG begründet. So hatte der Berliner Mathematik-Professor Ludwig Bieberbach anfänglich sein persönliches Interesse bekundet und sofort bei seinem Dienstherrn, dem Reichswissenschaftsminister, die auch für eine ehrenamtliche Nebentätigkeit notwendige Genehmigung beantragt⁶⁸. Angesichts der dualen Rolle des Reichswissenschaftsministeriums als oberster Aufsichtsinstanz schien es sich dabei nur um eine Routineangelegenheit zu handeln. Doch wie Bieberbach zwei Wochen später mitteilen mußte, hatte ihm das Ministerium telefonisch mitgeteilt, daß die Genehmigung „nicht erteilt werden könne“⁶⁹. Offensichtlich waren dem Betroffenen die genauen (Hinter-)Gründe nicht mitgeteilt worden. Doch ist unschwer zu erraten, daß es sich dabei, neben grundsätzlichen Erwägungen, auch um einen bewußten Affront Starks durch seine ministeriellen Feinde handelte. Im zweiten Fall war der Kompetenzstreit zwischen den rivalisierenden NS-Gliederungen der entscheidende Grund für die Absage des Wunschkandidaten. So hatte Prof. Wilhelm Hoff, der Leiter der „Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt“ in Berlin-Adlershof, seine prinzipielle Bereitschaft zur Mitarbeit geäußert, jedoch zugleich Wildhagen in einem fernmündlichen Gespräch auf seine Weisungsgebundenheit gegenüber

⁶⁴ BA-KO, R 73/79, Schreiben Stark an Frank am 21. Dez. 1934.

⁶⁵ Ebd., Brief Frank an Stark vom 28. Jan. 1935.

⁶⁶ Ebd., Schreiben Stark an Frank am 8. Feb. 1935.

⁶⁷ Ebd., Brief Becker an Stark vom 5. Jan. 1935 sowie die Anfrage Starks bei Becker am 22. Dez. 1934.

⁶⁸ Ebd., Brief Bieberbach an Stark vom 31. Dez. 1934.

⁶⁹ Ebd., Brief Bieberbach an Stark vom 8. Jan. 1935.

Hermann Göring, dem Reichsminister für Luftfahrt, hingewiesen⁷⁰. Wildhagen hatte das Problem während des Telefonats negiert und auf die ähnliche Situation bei anderen Auserwählten, wie Prof. Hans Reiter, dem Präsidenten des Reichsgesundheitsamtes, oder Prof. Wilfried von Seidlitz, dem Präsidenten der Preussischen Geologischen Landesanstalt, verwiesen. Auf seine Anfrage beim Luftfahrtministerium hin wurde Hoff die Zustimmung ebenfalls verweigert, wobei hier jedoch eine inhaltliche Begründung mitgeliefert wurde, welche deutlich auf die NS-Machtkämpfe verweist und zugleich die DFG als ein Auslaufmodell erscheinen ließ. Hoff's Mitteilung zufolge lehnte der Reichsluftfahrtminister eine Mitwirkung ab, „da in Kürze eine Zusammenfassung aller Forschungseinrichtungen unter Führung des Staates erfolgen soll“, wobei die Berücksichtigung aller „die Luftfahrt betreffenden Forschungsangelegenheiten“ als „gesichert“ erschien. Die von Göring angekündigte Zusammenfassung aller Institutionen erfolgte zwar erst zwei Jahre später im Rahmen des „Reichsforschungsrates“, doch schimmern hier die konzeptionellen Vorüberlegungen zur Bündelung aller Kräfte bereits im Januar 1935 durch. Unter den 17 von Stark schließlich berufenen Personen waren zwar so dezidierte Nazis wie Eugen Fehrle, Hans F. K. Günther und der Göttinger Rektor Friedrich Neumann. Zugleich gehörten aber auch renommierte Wissenschaftler wie Albert Brackmann, Max Planck und Ferdinand Sauerbruch dem Gremium an. Infolge der oben dargestellten Absagen⁷¹ wurde schließlich von Stark noch nachträglich der Münchener Philosoph Wolfgang Schultz nominiert⁷², der die Ernennung auch sofort annahm. Ganz auf seinen Schutzpatron vertrauend, hatte Stark außer den von ihm ernannten Mitgliedern auch Alfred Rosenberg ausdrücklich zur ersten Sitzung des neuen Hauptausschusses eingeladen, da er auf eine „enge Zusammenarbeit“ mit diesem „großen Wert“ legte und dessen „Berufung in das Präsidium der Deutschen Forschungsgemeinschaft ins Auge gefaßt“ hatte⁷³. Doch zu alledem sollte es nicht mehr kommen. Spätestens mit Eingang des Bieberbach-Verzichts hätte dem DFG-Präsidenten die ablehnende Haltung des Reichswissenschaftsministeriums klar sein müssen. Daß er sie zumindest zur Kenntnis nahm, macht seine Nachricht an Max Planck zwei Tage später deutlich. In der „als vertraulich“ zu betrachtenden Mitteilung teilte Stark dem KWG-Präsidenten mit, daß der Reichswissenschaftsminister die geplante Neugründung des Hauptausschusses „nicht billigt und keinen Vertreter dazu entsenden wird“. Nach Ministeriumsauffassung war die Neubesetzung des Gremiums „überflüssig“, da es sich in den zurückliegenden zwei Jahren als nicht notwendig erwiesen habe und

⁷⁰ Ebd., Brief Hoff an Stark vom 10. Jan. 1935 1–2, hier 1.

⁷¹ Ebd., auf einem undatierten handschriftlichen Notizzettel mit den Namen der potentiellen Kandidaten vom Dez. 1934 sind außerdem Alfred Baeumler und Martin Heidegger aufgeführt, die wohl bereits im Vorfeld bei den von Wildhagen durchgeführten telefonischen Anfragen ablehnten, da sie nicht mehr schriftlich von Stark angeschrieben wurden.

⁷² Ebd., Brief Schultz an Wildhagen vom 10. Jan. 1935. Siehe auch den handschriftlichen Zusatz von Schultz mit Adresse in der Liste „Hauptausschuß-Mitglieder der Deutschen Forschungsgemeinschaft“, die am 8. oder 9. Jan. 1935 erstellt worden sein muß, da Hoff aufgeführt ist (und dann handschriftlich gestrichen wurde), während Bieberbach fehlt.

⁷³ Ebd., Schreiben Stark an Rosenberg am 7. Jan. 1935.

nach Aussage der Ministeriumsvertreter galt: „alle Fragen der Deutschen Forschungsgemeinschaft würden in Bälde in anderer Weise erledigt werden“⁷⁴. Rusts Akademiebestrebungen sind hierin deutlich abzulesen, denn diese hätten nicht nur den Hauptausschuß, sondern auch die gesamte DFG obsolet werden lassen. Doch wer erwartet hatte, Stark werde nun die ganze Sache auf sich beruhen lassen, kannte „Johannes Robustus“ nicht. Der ließ alle übrigen Teilnehmer über die Situation im unklaren und auch nach Berlin anreisen⁷⁵. Dann eröffnete Stark die Veranstaltung mit seinem Einführungsreferat. Was danach geschah, ist einem Schreiben von Carl Duisberg, dem langjährige Förderer der deutschen Wissenschaft, an den DFG-Präsidenten zu entnehmen. Wie Duisberg zuvor durch einen „längeren Brief“ vom Geschäftsführer des Stifterverbandes, Robert Fellingner, erfahren hatte, war die einberufene Versammlung, in der sich der neue Hauptausschuß konstituieren sollte, „über Ihre Begrüßung infolge des eingetroffenen Eilbotenbriefes vom Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung nicht hinausgekommen“⁷⁶, d. h. der ministerielle Einspruch sprengte die Sitzung und offenbarte allen versammelten Auserwählten deutlich, daß ihr Mentor Stark einen halsbrecherischen Alleingang unternommen hatte und dabei auf dem dünnen Eis der rivalisierenden NS-Machtblöcke eingebrochen war.

Politische Überprüfung durch die Personalstelle

Eine entscheidende Neuerung in der Amtszeit Stark, die jedoch wesentlich auf einer Initiative des Reichswissenschaftsministeriums unter dem Braunschweiger NSDAP-Gauleiter Rust beruhte⁷⁷, war die Schaffung eines Personalamts⁷⁸ unter Einstellung von Johannes Weniger als Politischem Referenten. Der Hauptmann a. D. Weniger war bereits vor 1933 in die SS eingetreten und hatte in der 51. SS-Standarte in Göttingen den politischen Informationsdienst geleitet. Zu dieser Standarte gehörte auch der Göttinger NSDAP-Kreisleiter Rudolf Mentzel, der nun nicht nur Referent im Reichswissenschaftsministerium war, sondern auch ab November 1936 Nachfolger von Johannes Stark als DFG-Präsident wurde. Hier offenbarte sich eine NS-typische Seilschaft.

⁷⁴ MPG, I/1A, Nr. 926/5, Bl. 95, Schreiben Stark an Planck am 11. Jan. 1935.

⁷⁵ Zwar hatte die Mehrzahl der auserkorenen Hauptausschuß-Mitglieder ihren Dienstsitz in Berlin, doch immerhin sechs waren Auswärtige: Fehrle (Karlsruhe), Günther (Jena), Herzog (Gießen), Kühn und Neumann (Göttingen) sowie Lehmann (Tübingen).

⁷⁶ BA-BL, R 1519, Nr. 73, Bl. 114, Brief Duisberg an Stark vom 17. Jan. 1935.

⁷⁷ BA-BL, R 21/11131, Bl. 8–9; siehe den Brief Johannes Wenigers an Ministerialdirektor Vahlen vom 28. März 1935 3f.

⁷⁸ Zierold, 207. Trotz der 1222 Gutachten erwähnt Hammerstein die Tätigkeit Johannes Wenigers nicht einmal. Siehe ausführlich dazu *Lothar Mertens*, Ein „neuer Geist“ an den deutschen Hochschulen 1934–36. Gutachten und Stellungnahmen über Stipendiumsanhänger der DFG. In: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 6 (Frankfurt a. M., New York 1997) 203–217.

Das Personalamt der DFG holte ab Sommer 1934, bevor die Anträge näher sachlich geprüft wurden, über alle Antragsteller persönliche Erkundigungen ein, um deren politische Gesinnung und charakterliche Integrität zu durchleuchten⁷⁹. Noch im April 1934, d. h. in der Spätphase Schmidt-Otts, mußte von den Bewerbern außer dem Personal-Fragebogen nur ein „Anhang“ zur sog. arischen Abstammung ausgefüllt werden. Als politische Kontrolle war darauf lediglich die Frage nach einer Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei oder den kommunistischen Hilfs- oder Ersatzorganisationen enthalten. Nach einer Zugehörigkeit zur NSDAP oder einer ihrer Gliederungen wurde hingegen (noch) nicht gefragt. Die Aufgabe des Personalamtes war es nun, persönliche Erkundigungen über die politische Integrität und fachliche Leistungsfähigkeit der Antragsteller einzuholen sowie informelle Verbindungen zu Parteistellen aufzubauen. Johannes Weniger selbst sah seine Aufgabe darin, eine „staatssicherheitsfordernde Neugestaltung“⁸⁰ der Forschungsförderung im nationalsozialistischen Sinne durchzuführen. Insbesondere in Fällen, in denen die Auskünfte des Reichsamtes des NSD-Dozentenbundes nur lückenhaft oder nichtssagend waren, pflegte Weniger neben den lokalen Polizeibehörden am Wohnort des Antragstellers auch die zuständige Gestapo-Stelle um Auskunft zu bitten. In die Befragung mit einbezogen wurden die Gau- und Kreisleitungen sowie ggf. die Ortsgruppen der NSDAP.

Die umfangreiche Korrespondenz dieser politischen Überprüfungsarbeit lagert heute in den kalifornischen Hoover Institution Archives. Überliefert sind insgesamt 1222 Stellungnahmen des NSD-Dozentenbundes zu den Anfragen der Personalstelle der Notgemeinschaft über die politische Einstellung und wissenschaftliche Qualifikation der Antragsteller in den Jahren 1934–1937. Bei diesen Akten handelt es sich um Unterlagen, die von der amerikanischen „Field Information Agency“ in den Jahren 1945/46 aus Universitäten, staatlichen Forschungsanstalten sowie den Firmenlabors der Industrie im Rahmen des als „intellektuelle Reparation“⁸¹ bezeichneten „Documents Program“ beschlagnahmt wurden⁸². In den Jahren 1947/48 wurden diese Akten dann von der US-Army teilweise an private Stiftungen, wie etwa die Hoover Institution an der Stanford University, weitergegeben.

Erheblich erleichtert wurde dieses Ansinnen durch die Selbstgleichschaltung vieler Wissenschaftler. Von der Gesamtzahl der untersuchten 1222 Antragsteller waren 41 bereits vor dem Beginn des Dritten Reiches Mitglied der NSDAP, z. T. schon seit 1926. Nach der von den Nationalsozialisten als „Machtergreifung“ titulierten Regierungsübernahme durch Adolf Hitler wurden bis zum Aufnahme-

⁷⁹ Lothar Mertens, Forschungsförderung im Dritten Reich, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 44 (1996) 119–126.

⁸⁰ Johannes Weniger zit. in Helmut Heiber, Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands (Stuttgart 1966) 828.

⁸¹ John Gimbel, Science, Technology, and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany (Stanford 1990) 60f.

⁸² Siehe ausführlich Mertens, Forschungsförderung 119f.

stop im Sommer 1933 weitere 51 Personen rasch Mitglied der Partei⁸³. Noch deutlicher war die opportunistische Beitrittswelle in den Parteiorganisationen: Lediglich bei 16 der Stipendienbewerber war der Eintritt in die SA vor dem 30. Januar 1933 erfolgt. Nach dem 30. Januar 1933 jedoch traten weitere 125 Personen in die braunen Bataillone ein⁸⁴, d. h. 89 % der Aufnahmen erfolgten erst ab dem Frühjahr 1933. Dieses Bild zeigt sich auch bei der SS, der nur ein Stipendiat vor 1933 angehörte, während weitere 19 nach dem Januar 1933 rasch der SS beitraten. Dies ist ein deutliches Zeichen für die starke individuelle ideologische Anpassung eines großen Teils der Wissenschaftler im Frühjahr 1933, die in den politischen Stellungnahmen von NSDAP-Dienststellen polemisch als „Konjunkturritter“ deklariert wurden. Auf der anderen Seite belegen die Zahlen jedoch deutlich, daß lediglich ein Viertel der Antragsteller aktiv für den Nationalsozialismus eintrat. Die überwiegende Mehrheit blieb politisch eher desinteressiert und auf Distanz zu den neuen Machthabern, ohne allerdings irgendeine Form von Widerstand zu üben oder sich aktiv gegen die Vertreibung jüdischer Gelehrter einzusetzen. Für Rudolf Mentzel vom Reichswissenschaftsministerium war Wenigers Tätigkeit „als politischer Referent in der Notgemeinschaft eine Verstärkung der dort nur sehr schwach vertretenen nationalsozialistischen Gesinnung“⁸⁵, da dort nur zwei der fünf Fachreferenten Mitglied der NSDAP waren.

Immer wieder wird bei den DFG-Anfragen die Bedeutung der politischen Einstellung betont, die daher auch in den Antwortschreiben eine herausragende Rolle spielte. Die strukturierende Bedeutung der eingeholten politischen Stellungnahmen des NSD-Dozentenbunds für die Erteilung der DFG-Forschungsstipendien zeigte sich in zahlreichen Einzelfällen⁸⁶. Überdies waren die Dozentenschaftsgutachten ein Seismograph für die Etablierung der Partei an den Universitäten. So blieben noch im Herbst 1934 vielfach die Mitteilungen aussagelos⁸⁷, da politisch zuverlässige Gewährsleute in den verschiedenen Instituten und Seminaren fehlten⁸⁸. Gleichfalls veränderte sich 1935/36 die Beurteilung der politischen Partizipation. Bloße Mitgliedschaft in der NSDAP oder SA genügte nun nicht mehr, gefragt war ein aktives Engagement; auch wenn dies mitunter die Zeit für die wissenschaftliche Arbeit einschränkte, da die „nationalpolitischen Anforderungen“

⁸³ Diese Zahl wäre sicherlich noch höher gewesen, wenn nicht viele weitere Interessenten durch den im Mai 1933 verhängten Aufnahmestopp an einem Beitritt durch die NSDAP gehindert worden wären.

⁸⁴ Während 114 Personen davon noch im Jahre 1933 eintraten, folgten 11 Bewerber erst im Jahre 1934.

⁸⁵ BA-BL, R 21/11131, Bl. 20–22, hier Bl. 20, Vermerk Mentzel vom 30. Apr. 1935 1.

⁸⁶ Siehe ausführlich *Lothar Mertens*, Die Forschungsförderung der DFG im Dritten Reich 1933–1937, in: *Jahrbuch für Universitätsgeschichte* 2 (1999) 58–74.

⁸⁷ Hoover Institution Archives (HIA), Box 1, Fo 5564, undatiertes Gutachten des Dozentenschaftsführers der Univ. Stuttgart (Sep. 1934).

⁸⁸ Zu den vergleichbaren Problemen in den Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft siehe *Lothar Mertens*, Die Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft in den Jahren 1933–1937, in: *Dahlemer Archivgespräche* 3, hrsg. v. Archiv der Max-Planck-Gesellschaft (Berlin 1998) 93–115.

zweimal wöchentlich SA-Dienst und diverse Teilnahme an Arbeitsgemeinschaften und Treffen der Dozentenschaft und der DAF beinhalteten⁸⁹. Überdies wurden anscheinend viele der Partei fern stehende Wissenschaftler als ganz für ihre Arbeit lebend („reiner Stubengelehrter“) und politisch desinteressiert angesehen, so daß sie auch machtpolitisch keine Gefahr darstellten⁹⁰ und mit einem gewissen Überlegenheitsgefühl fast mitleidig bedauert wurden⁹¹.

Symptomatisch für die veränderten Auswahlkriterien waren auch die Stellungnahmen in den „Gutachten“ der lokalen NSD-Dozentenbundführer, in denen die nationalsozialistische Zuverlässigkeit über der fachlichen Kompetenz der Bewerber eingestuft wurde. Ein Leipziger Germanist war beispielsweise laut Gutachten des Dozentenschaftsführers als Blockwart tätig und hatte sich überdies freiwillig zum Militärdienst gemeldet⁹². Ein anderer Antragsteller war zwar „wissenschaftlich recht brauchbar“, da er aber im Oktober 1936 weder der NSDAP angehörte und „es auch nicht der Mühe wert findet, bei irgend einer Gliederung Dienst zu tun“, wurde er vom Reichsamtseiter des NSD-Dozentenbundes eines Stipendiums für unwürdig erachtet⁹³, so daß auch die DFG den Antrag ablehnte. Aber auch bei geisteswissenschaftlichen Themen, die ideologisch interessant waren, wie beispielsweise die beiden Stipendienanträge⁹⁴ von Annie Heiermeier, die im Bereich der Keltischen Philologie arbeiten wollte, erfolgte jeweils bereits eine politische Ablehnung durch die Berliner Dozentenschaft, da Frau Heiermeier „keine Nationalsozialistin“ war. Von der DFG erhielt sie daher im Juni 1935 lediglich eine Reisebeihilfe von 500 RM bewilligt⁹⁵.

Bereits frühzeitig lassen sich forschungspolitische Veränderungen im Zeichen der braunen Zeit konstatieren. So wurden die vom Reichsinnenministerium befürworteten Untersuchungen⁹⁶ zum Rassenrecht in den USA im Spätsommer 1934 ebenso rasch bewilligt⁹⁷, wie die Forschungen Fritz Valjavecs über „Das südostdeutsche Städtewesen im Zeitalter des erwachenden Nationalbewußtseins“, die Karl Haushofer in seiner Befürwortung als „Nachweis der einzigartigen Kulturstellung Deutschlands im Donauraum“ ansah⁹⁸. Eine Stipendiatin, welche die pol-

⁸⁹ Siehe die Schilderung in BA-KO, R 73/16530, Brief Fo 5239 an DFG vom 21. März 1935.

⁹⁰ Siehe z. B. die Stellungnahmen HIA, Box 2, Ko/7/34/1 vom 22. Juni 1934 und Hu/2/09/1 vom 4. Juni 1936 der Reichsamtseitung oder die Antwort der Junglehrerschaft der Universität Heidelberg vom 16. Nov. 1934 auf eine Nachfrage Wenigers.

⁹¹ Ebd., Fo 9999 vom 3. Okt. 1936 und Box 1, Bu 7/26/1 vom 6. Sep. 1935.

⁹² Ebd., Her 7/33/1 vom 16. Dez. 1935.

⁹³ Ebd., so der Reichsamtseiter des NSD-Dozentenbundes am 13. Okt. 1936 zur Anfrage Gol/2/10/1.

⁹⁴ Siehe HIA, Box 2, Antrag vom 30.04.35 „Sammlung und Erklärung der irischen Flussnamen“ und vom 12.06.36 „Keltische Flussnamen in Irland“.

⁹⁵ HIA, Box 2; siehe das Gutachten der Berliner Dozentenschaft sowie den handschriftlichen Vermerk auf Fo 6617. Siehe auch *Joachim Lerchenmueller*, „Keltischer Sprengstoff“. Eine wissenschaftsgeschichtliche Studie über die deutsche Keltologie von 1900 bis 1945 (Tübingen 1997) 360f.

⁹⁶ BA-KO, R 73/12418, Brief Reichsministerium des Innern an Stark vom 18. Sep. 1934.

⁹⁷ Ebd., Schreiben Wildhagen an Reichsministerium des Innern zu Fo 6019 am 9. Okt. 1934.

⁹⁸ BA-KO, R 73/15320, Brief Haushofer an DFG zu Fo 5942 vom 18. Aug. 1934.

nische Minderheit des Grenzdorfes Großdammer untersuchen und deren ursprünglich deutsche Herkunft sowie die spätere Polonisierung nachweisen wollte, wurde nicht nur von Albert Brackmann tatkräftig unterstützt, sondern auch von der DFG, im Hinblick „auf die große Bedeutung der geplanten Forschungsarbeit für unsere Grenzmarkforschung im Osten“⁹⁹.

Resümee

Die wissenschaftspolitische Bedeutung der Notgemeinschaft bzw. der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurde durch die Einflußnahmen des politischen Systems, z. B. bei der ideologischen Überprüfung der Stipendiaten, sowie die relativ großen separaten Forschungsmittel der neu gegründeten Reichsministerien, stark eingeschränkt. Der sinkende Etat der DFG bedingte, zusammen mit der extensiven Bevorzugung der Natur- und Technikwissenschaften, eine Minimierung von geisteswissenschaftlichen Forschungen und Stipendiatenförderungen. Verschärft wurde diese Situation noch durch die Bevorzugung bestimmter ideologienaher Fachgebiete, die im Dritten Reich eine Konjunktur erlebten.

⁹⁹ BA-KO, R 73/10468, Schreiben Schwoerer an Brackmann am 3. Jan. 1934.